

Die Zukunft der transatlantischen Zusammenarbeit

Die Erstürmung des Kapitols ist der letzte und besonders bestürzende Akt der Ära Trump.

Kann Biden die USA und den Westen wieder einen? | Von Wolfgang Ischinger

Angesichts der enormen weltpolitischen Bedeutung der USA ist großer Schaden, nicht nur innenpolitisch, eingetreten. Jetzt gibt es begründete Zweifel an der Stabilität des amerikanischen politischen Systems. In den Worten der Bundeskanzlerin: das macht wütend und traurig zugleich. Die Aufgabe für die künftige Regierung wird dadurch nun natürlich noch viel größer und schwieriger. Es ist eine enorme Aufgabe, die auf Joe Biden, die zukünftige Vizepräsidentin Kamala Harris, den designierten Außenminister Tony Blinken und die anderen bereits nominierten Entscheidungsträger zuzukommen wird.

Natürlich werden ein Wladimir Putin und ein Xi Jinping sehr sorgfältig testen, ob dieser Joe Biden eigentlich über Macht und Strahlkraft und Rückhalt in seinem eigenen Land verfügt, oder ob er nur ein mit hauchdünner Mehrheit gewählter Präsident ist, bei dem 70 Millionen Wähler weiter vor Wut kochen. Biden wird von den Rivalen und Gegnern der USA getestet und politisch auf die Probe gestellt werden. Das ist nicht ungefährlich und birgt multiple Risiken des Missverständnisses und der Fehlkalkulation. Und deswegen wird das Jahr 2021 nicht nur für Joe Biden, seinen Außenminister und seinen Verteidigungsminister eine enorme strategische Herausforderung sein, mit großen weltpolitischen Risiken, sondern auch für uns in Europa.

Wir Europäer dürfen uns deshalb jetzt nicht auf die Zuschauerbank setzen und abwarten, sondern wir sollten proaktiv mit der Biden-Regierung ein möglichst um-

fassendes Programm entwickeln, um zu zeigen, dass die transatlantische Zusammenarbeit – wieder – funktioniert, zum beiderseitigen Vorteil. Dass wir beispielsweise in der Frage des richtigen Umgangs mit China eine gemeinsame Linie zwischen dem eher konfrontativen amerikanischen China-Kurs und dem eher kooperativ geneigten europäischen China-Kurs finden.

Wir dürfen den transatlantischen Graben jetzt nicht noch breiter werden lassen. Was wir jetzt wirklich nicht brauchen, ist eine Stimulierung klassischer antiamerikanischer Ressentiments in Deutschland. Dieser Versuchung sollten wirklich alle in Deutschland im Wahljahr 2021 widerstehen.

Es gibt ja diesen amerikanischen Begriff der *low hanging fruit*, also der leicht zu pflückenden Erfolge. Also etwa die baldige Rückkehr der USA in das Pariser Klimaabkommen. Das wird doch in Europa von allen begrüßt werden, von links bis rechts. Dann wird die enorm wichtige Frage sein: Gibt es eine Rückkehr zu Themen der Rüstungskontrolle, verwaist seit dem Rückzug Trumps aus dem INF-Vertrag? Kann Amerika durch eine rasche Verlängerung des New-Start-Vertrags gemeinsam mit Russland zeigen, dass es wieder imstande ist, Weltpolitik und Sicherheit positiv zu gestalten? Und was ist mit dem Iran-Abkommen? Auch das kann Amerika nur mit den europäischen Verbündeten gemeinsam anpacken, also den schwierigen Versuch unternehmen, mit den Mullahs wieder ins Gespräch zu kommen.

Die Erstürmung des US-Kongressesbäudes durch Trump-Anhänger bietet eine



Nach allen protokollarischen Exerzitien nun offiziell der kommende US-Präsident: Joe Biden

gewisse Chance für die Republikanische Partei, sich jetzt zu vergewissern, ob sie wirklich dauerhaft zu einer Trumpisten-Partei werden will.

Jetzt gibt es eine Chance, dass die Partei diesen Angriff auf die amerikanische Demokratie zum Anlass nimmt, nochmal kritisch zu reflektieren, ob das der richtige



WOLFGANG ISCHINGER

Botschafter Wolfgang Ischinger ist seit 2008 Vorsitzender der Münchner Sicherheitskonferenz. Von 1998 bis 2001 diente er als Beamteter Staatssekretär im Auswärtigen Amt. Er amtierte von 2001 bis 2006 als Deutscher Botschafter in Washington und in gleicher Position von 2006 bis 2008 in London.

Weg in eine erfolgreiche Zukunft sein kann oder eben nicht.

Es müsste dazu freilich zum Beispiel ein Mitch McConnell, der republikanische Anführer im Senat, die Dinge beim Namen nennen. Sagen, der Präsident ist schuld. Er ist der Brandstifter. Das müsste aus republikanischen Kreisen jenseits von bekannten Kritikern wie Mitt Romney kommen. Das wäre dann der Beginn einer Selbstreinigung oder Spaltung der Republikanischen Partei. Ein spannender Vorgang, der primär innenpolitisch ist, aber von enormer weltpolitischer Bedeutung wäre.

Spätestens am 21. Januar wird sich zeigen, ob die Senatoren und Abgeordneten, von denen bereits in zwei Jahren viele wiedergewählt werden müssen, der Meinung sind, dass sie mit dem Trumpismus ihre nächste Wahl gewinnen oder ob sie sich nicht besser lösen von diesem Spektakel. Eine große Frage wird für die

Biden-Regierung sein, ob sie sich dafür einsetzt, dass Trump wegen seiner vielfachen Verfehlungen vor amerikanische Gerichte gestellt wird. Würde das die Polarisierung der amerikanischen Gesellschaft vielleicht nur weiter verstärken und vertiefen? Das sind schwierige Fragen. Es sind zwar nicht 70 Millionen jetzt in Washington angetreten, aber diese etlichen Tausend, die sich da versammelt hatten, sind ja nichts anderes als die Speerspitze der 70 Millionen. Die Führungsmacht, zu der ein Donald Trump in den letzten Jahren fähig geworden ist, sucht wirklich in demokratischen Staaten ihresgleichen und das muss uns alle zu der Frage führen: Worin liegen eigentlich die tieferen Ursachen? Ist das die Macht des Internets? Die direkte Kommunikation via Twitter, der direkte Umgang, den der Präsident gesucht hat mit seinen Wählern? Oder liegen die tieferen Ursachen eher im Gefühl der weißen US-Unter- und unteren Mittelschicht, wirtschaftlich abgehängt und marginalisiert worden zu sein? Dazu kommt dann noch der Ballast des immer noch kursierenden Rassismus.

Wenn Joe Biden zeigen kann, dass Amerika tatsächlich wieder demokratisch prinzipientreu ist, wenn er die guten und großzügigen Elemente amerikanischen Denkens wiederbeleben kann, die Amerika befähigt haben, 70 Jahre lang als Führungsnation des Westens zu agieren, kann das für ihn selbst und auch für die transatlantischen Beziehungen durchaus eine Erfolgsgeschichte werden. Aber ein steiniger Weg liegt vor ihm.

AUS DEM BANNASKREIS

Reflexionen und Perspektiven



GÜNTER BANNAS

ist Kolumnist des *Hauptstadtbriefs*. Bis März 2018 war er Leiter der Berliner Redaktion der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*.

Gib's ihm

Nach der als Analyse daherkommenden Legende hat Friedrich Merz beim CDU-Parteitag im Dezember 2018 gegen Annegret Kramp-Karrenbauer verloren, weil er, der doch der Liebling der Parteibasis gewesen sei, eine weniger wirksame Vorstellungsrede als seine Gegenkandidatin gehalten habe. Weil etwa Mikrophon und Lautsprecher scheppernd eingestellt gewesen seien. Oder wegen unvorurteilhafter Beleuchtung. Manche seiner Anhänger gaben vor, dass so zu sehen. Merz selbst meinte, nicht in Form gewesen zu sein. War also Rhetorik die Ursache dafür, dass nicht er, sondern AKK an die CDU-Parteisitze gewählt wurde? Oder lag es doch daran, dass Merz zuvor allzu selbstsicher aufgetreten war?

Bei wichtigen Parteitagestreden war es bisher üblich, dass sich nach Vollzug die Delegierten von den Plätzen erheben und rhythmisch klatschen. Erst die wahren Freunde, dann die *Parteifreunde*. Sie schauen auf die Uhr. Länger als fünf Minuten musste es sein. Der Inhalt der Rede ist wichtig. Entscheidend aber: Umstände und Form des Vortrags. Rhetorik also. Wer, beispielsweise, bloß das Protokoll der Rede Oskar Lafontaines auf dem SPD-Parteitag 1995 in Mannheim nachliest, wird sich über deren Wirkung wundern. Eigentlich sozialdemokratische Selbstverständlichkeiten: Gerechtigkeit, Friedenspolitik, Zusammenhalt. Doch Lafontaine – Stakkato, roter Kopf – riss die Delegierten von den Stühlen. Manche brüllten wie beim Boxkampf „Oskar, gib's ihm“. Ihm – das war Rudolf Scharping, der tags darauf den SPD-Vorsitz verlor. Lafontaine wurde sein Nachfolger. Rhetorik als Blendwerk? Als Narkotikum?

Neue Rituale der Redekunst sind zu schaffen. Von den digitalen Parteitagreden der Corona-Neuzeit blieb rednerisch bisher wenig in Erinnerung. Außer natürlich der Auftritt Jürgen Trittins, der daheim wutentbrannt auf seinen Laptop eindrosch. Fast so wie ein Parteitagestredner, der sich in Rage begeben hat, aufs Rednerpult trommelt. Die Reaktion? Ein nachsichtiger Moderator: Lieber Jürgen, es liegt an einer Rückkopplung. Die Aufgabe am kommenden Samstag, wenn sich – wieder beim CDU-Parteitag – Kandidaten vorzustellen haben: die Kunst der Rede ohne Auditorium. Wie Delegierte begeistern, die – in der Küche, im Wohnzimmer – am Laptop sitzen? Wie in menschenleerer Halle Emotionen zeigen und draußen hervorrufen? Wohl dem Bewerber, der bei einem TV-Entertainer zur Schule gegangen ist. Mittel zum Zweck bleibt Rhetorik allemal.

Erklärt mehr!

Die Anfangsprobleme der deutschen Impfkampagne überstrahlen völlig, um was es eigentlich geht | Von Frank Hofmann

Die Pandemie-Entwicklung in Deutschland bringt seit Tagen einen traurigen Rekord nach dem anderen hervor, täglich sterben so viele Menschen mit Covid-19 wie noch nie seit Beginn dieser Naturkatastrophe. Doch wo vor allem Demut angebracht wäre und Disziplin bei jedem Einzelnen, um Kontakte streng einzuschränken, leistet sich dieses Land eine scharfe Debatte um das Impfen, bei der einem schwindlig werden kann. Und das meiste geht dabei heillos durcheinander.

Zum einen ist da die Frage einer Impfpflicht, die jetzt noch einmal an Bedeutung gewinnt, weil offenbar vielerorts Menschen in Pflegeberufen zurückhaltend sind, während sie gemeinsam mit den Hochbetagten schon jetzt impfberechtigt wären. Dabei haben die Menschen vielfach schlichte Fragen, die eine große Mehrheit umtreiben und die beantwortet werden müssen: vorneweg die nach möglichen Nebenwirkungen. Immerhin handelt es sich bei den ersten bislang zugelassenen sogenannten mRNA-Impfstoffen in der EU um eine völlig neue Technik.

Die Erfurter Gesundheitspsychologin Cornelia Betsch hat zuletzt Mitte Dezember in ihrer unter anderem zusammen mit dem Robert Koch-Institut zweiwöchentlich erstellten Covid-19-Cosmo-Studie eine klare Empfehlung an die Politik ausgegeben: „Wie immer gilt: Regelmäßige transparente Aufklärung über den Stand der Entwicklung und die Arten der neu entwickelten Impfstoffe kann helfen, das Vertrauen zu stärken. Eine Mobilisierung von Ressourcen, um aufkommende Fragen schnell beantworten zu können, ist ratsam,

um die Einführung eines Corona-Impfstoffs optimal vorzubereiten.“ Das gilt für die Kommunikation der Politik genauso wie für die Berichterstattung in den Medien.

Es ist auch ein Hinweis an den öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Denn nach den regelmäßig durchgeführten Cosmo-Umfragen kam sogar ein konkretes Verlangen heraus: Die Deutschen hätten gerne mehr „Erklärvideos“ zu den neuartigen Impfstoffen, die jetzt aus der Krebsforschung hervorgegangen sind. Selten wurden Wünsche von Mediennutzern so konkret erhoben. Fraglich ist, ob die angesprochenen Politiker in ihren Pressekonferenzen dieses Informationsbedürfnis der Menschen tatsächlich auch berücksichtigen.

Gleichzeitig tobt vor allem in den sozialen Medien ein Gezwitscher um die „Impfbereitschaft“. Da fordern die einen eine Impfpflicht, und ein paar wenige andere fabulieren im Extremfall von irgendwelchen Mikrochips aus der Spritze. Letzteren kann man womöglich nicht mehr helfen. Tatsächlich ist die Bereitschaft, sich gegen das neuartige Coronavirus SARS-CoV-2 impfen zu lassen, in Deutschland konstant



FRANK HOFMANN

ist Journalist und Historiker mit den Schwerpunkten Europa, USA, Menschenrechte und internationale Beziehungen. Er hat als Korrespondent in Brüssel, Paris, Kiew und auf dem Balkan gearbeitet.

stabil auf hohem Niveau. Nach einer Studie des Hamburger Gesundheitsökonomens Jonas Schreyögg waren es im vergangenen Sommer mehr als 50 Prozent. Nach dem ARD-Deutschlandtrend von dieser Woche steigt die Zahl jener, die sich „auf jeden Fall“ impfen lassen wollen, auf 54 Prozent. Hinzu kommen 21 Prozent, die sich „wahrscheinlich“ impfen lassen wollen. Letztere sind ganz offensichtlich Menschen, die – man ahnt es schon – schlicht noch mehr Informationen möchten, um sich dann letztlich für die Impfung zu entscheiden. Eine Impf-Aufklärung ist übrigens nach deutschem Recht verpflichtend und geschieht bei jeder bislang schon durchgeführten Impfung schlicht in der Hausarztpraxis. In den jetzt aufgebauten Impfzentren der Republik steht vor jedem Piks entsprechend ein Aufklärungsgespräch.

Es sind also drei Viertel der Deutschen grundsätzlich bereit, sich impfen zu lassen. Und da macht es bei den Epidemiologen klick: Denn nach ihren Modellen ist die sogenannte Herdenimmunität gegen Covid-19 sehr wahrscheinlich bei 70 Prozent der Bevölkerung erreicht. Wenn also so viele Menschen gegen das Virus immun sind, hat Covid-19 keine Chance mehr. Das ist bekannt durch die Erforschung anderer Virus-Erkrankungen wie der Masern und kann von jedem, der mag, nachvollzogen werden. Zum Beispiel auf den Internetseiten der Forschungsgruppe für komplexe Systeme der Berliner Humboldt-Universität (<http://rocs.hu-berlin.de/D3/herd/>).

Bleibt der dritte Vorwurf in der Debatte, der einen nicht minder schwindlig werden

lässt: Die EU-Kommission habe es versäumt, rechtzeitig genügend Impfstoff zu bestellen. Tatsächlich hat Berlin mit anderen EU-Regierungen die EU-Kommission beauftragt, für alle EU-Bürger gemeinsam mit den Herstellerfirmen zu verhandeln. Das hat einen guten Grund, den wiederum Epidemiologen schnell liefern können: In einem gemeinsamen Markt wie dem der Europäischen Union, also einem vernetzten System von 450 Millionen Menschen, sollte das Ziel der Herdenimmunität für alle betrachtet werden: In Europa ist die Pandemie erst wirklich vorbei, wenn 70 Prozent der Europäer immun sind gegen das neuartige Coronavirus. Wenn auch nur eine Region hinterherhinkt, wird es immer wieder Brutstätten für das Virus geben, die alle bedrohen.

Der stellvertretende Leiter des Jacques Delors Instituts Berlin, Lucas Guttenberg, entgegnet den Kritikern dieser EU-Impfstrategie, dass Brüssel-Bashing bekanntlich nichts Neues sei, „aber wenn man anfängt, ‚Brüssel‘ Tote in die Schuhe zu schieben, macht man damit Vertrauen in der Bevölkerung in die EU kaputt, das man nie wieder zurückbekommt“. Möglicherweise hätte Europa ein paar Tage schneller und mehr des

ersten zugelassenen Impfstoffs bekommen können: den des Mainzer Biotech-Unternehmens Biontech, gemeinsam produziert mit dem US-Pharmariesen Pfizer. Dann nämlich, wenn unbegrenzt Geld zur Verfügung gestellt worden wäre für alle Firmen, die vergangenes Jahr begannen, Impfstoffe gegen Covid-19 zu entwickeln. Das sind 16 insgesamt – auf die Gefahr hin, dass am Ende keiner wirkt. Wer hätte dann wohl die Frage gestellt, dass „Europa“ Geld zum Fenster hinauswirft? Möglicherweise wäre so das Nadelöhr der zu geringen Produktionskapazitäten etwas früher geweitet worden. Kapazitäten, die Biontech jetzt in einer Fabrik in Marburg aufbaut, die das Unternehmen neu hinzukaufen konnte. Doch: Dieser Impfstoff ist kein leicht in Masse herzustellendes Aspirin. Es ist komplex.

Wenn es gelingt, die Maschinen bis Februar in Marburg zum Laufen zu bekommen, wird diese Debatte sehr schnell zum Erliegen kommen, und die entscheidende Frage wird bleiben: Sind weiterhin drei Viertel der Menschen in Deutschland, die sich jetzt in Umfragen dazu bekannten, bereit, sich impfen zu lassen? Das braucht Vertrauen: in den Impfstoff, die Politik und die Medien, die das alles erklären sollten.

DER HAUPTSTADTBRIEF.

Lesen Sie mehr vom *Hauptstadtbrief* – diese Woche:

„Oft beginnt die Gewalt mit psychischer Gewalt, Erniedrigung, Abwertung“ – die Strafverteidigerin und Autorin **Christina Clemm** im großen Interview über die Gefährdung von Frauen in der Pandemie, angemessene Begriffe, gute staatliche Programme und einen notwendigen Mentalitätswandel. www.derhauptstadtbrief.de.